



IM FOKUS: Sachsen-Anhalt

Unsere Heimat in Europa



*Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,*

das neue Jahr hat mit gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen von den lokalen Aufgaben hier in Sachsen-Anhalt bis hin zu internationalen Entwicklungen in der Ukraine, in den USA und anderswo begonnen.

Mit unserer Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an der Spitze hat Europa nun die schwierige Aufgabe, bestehende Partnerschaften zu erhalten und neue, sowohl wirtschaftliche als auch politische Partnerschaften weltweit zu entwickeln.

Das aktuell unterzeichnete MERCOSUR Abkommen bietet Europa neue Alternativen im Handel mit Südamerika an.

Die globalen Herausforderungen und Möglichkeiten wirken sich bis in die lokalen Unternehmen aus. Diese müssen sich unter schwierigen Rahmenbedingungen im globalen Markt behaupten, können aber zugleich auch viele neue Möglichkeiten erschließen.

In Deutschland ist es nach einem kurzen, aber intensiven Wahlkampf nun an der neuen, CDU-geführten Bundesregierung, Deutschland in ein nachhaltiges Wachstum zu führen. Deutschland muss wieder Spaltenreiter in Europa und im globalen Wettbewerb werden. Ich unterstütze diese Aufgabe von ganzem Herzen.

In den vergangenen Wochen war ich erneut für Sie in ganz Sachsen-Anhalt unterwegs. Ich habe etliche Unternehmen besucht, auf diversen Neujahrsempfängen und Veranstaltungen mit vielen Menschen gesprochen und – und das ist mir immer am wichtigsten – ich habe aufmerksam zugehört: Vielen Dank, dass Sie Ihre Sorgen, Ihre Anmerkungen und Ideen so offen mit mir geteilt haben. Deutlich wurde dabei erneut, dass wir dringend einen Abbau überbordender Bürokratie brauchen.

Auf Druck meiner Fraktion hat die EU-Kommission inzwischen bereits einen Kommissar für Bürokratieabbau benannt und einen Wettbewerbskompass veröffentlicht. Wichtige erste Schritte, aber es liegt noch viel Arbeit vor uns. Die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und Verwaltung sollte das Ziel haben, ein Miteinander zu schaffen, um gemeinsame Projekte für die Regionen und Landkreise zu ermöglichen und abzuschließen.

Für ein starkes Sachsen-Anhalt in einem starken Europa.

*Ihre Alexandra Mehnert
MdEP*



Inhaltsverzeichnis

- 02 Wahlkampfunterstützung zur Bundestagswahl**
- 03 Europa nach der Bundestagswahl**
- 03 Verteidigung: Grundlage unserer Zukunft**
- 04 Aktuelle Informationen der EVP-Fraktion**
- 06 Vor Ort im Wahlkreis**



Wahlkampfunterstützung zur Bundestagswahl



Termin bei den Gewichthebern in Samswegen



Wahlkampf im südlichen Anhalt
mit Frank Klimmer und Frank Böhme



Wahlkampf mit
Christoph Bernstiel



Wahlkampfunterstützung
für Frank Wyszkowski



Wahlkampf mit Dieter Stier MdB



Wahlkreistermin mit Anna Aeikens



Wahlkampfunterstützung für Tino Sorge MdB



Teammitglied „Konny“



Wahlkampf im südlichen Anhalt

Europa nach der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl Ende Februar hat ein klares Ergebnis gebracht: Die CDU ist wieder stärkste Kraft, Friedrich Merz wird Kanzler, und Europa blickt gespannt nach Deutschland. Was bedeutet der Regierungswechsel für die Europäische Union?

In den vergangenen Jahren sorgte die deutsche Außenpolitik oft für Unsicherheit – insbesondere durch die zahlreichen Enthaltungen der Ampel-Regierung bei wichtigen EU-Entscheidungen. Das Phänomen wurde in Brüssel sogar als „German Vote“ bekannt. Viele kleinere Mitgliedstaaten orientieren sich an Deutschlands Position, doch wenn diese fehlt oder sich kurzfristig ändert, schwächt das die europäische Handlungsfähigkeit.

Mit der neuen Regierung unter Friedrich Merz erwarten die europäischen Partner mehr Verlässlichkeit und Führung. Merz selbst hat betont, dass ihm die Stärkung Europas ein zentrales Anliegen ist. Und die Herausforderungen sind enorm: Europa muss seine Verteidigungsfähigkeit ausbauen, wirtschaftlich wettbewerbsfähiger werden und strategische Partnerschaften stärken. Bürokratieabbau und stabile Energiepreise sind entscheidend, um den Wirtschaftsstandort Europa gegenüber globalen Konkurrenten zu behaupten. Gerade mit Blick auf die globale Lage ist Handlungsfähigkeit entscheidend.

Ein wichtiges Thema der kommenden Monate sind zudem die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU. Dieser bestimmt unter anderem Fördermittel für Bildung und Landwirtschaft – auch in Sachsen-Anhalt. Eine klare Positionierung Deutschlands ist wichtig, insbesondere bei der Unterstützung des ländlichen Raums und der Agrarpolitik.

Die kommenden Jahre werden zeigen, wie Deutschland unter CDU-Führung Europas Zukunft mitgestaltet – die Erwartungen sind hoch, aber die Chancen ebenso groß.



Friedrich Merz

Foto: © Friedrich Merz/Tobias Koch

Verteidigung: Grundlage unserer Zukunft

Am 05. März nahm Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an einer Fraktionssitzung der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament teil. Ihre Botschaft war klar: Die Welt ist unsicherer geworden. Russland führt einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, unsere Wirtschaft steht unter Druck, und globale Krisen fordern uns heraus. Doch eines ist klar: Ohne Sicherheit gibt es nichts von dem, was uns als Gesellschaft wichtig ist. Ohne Verteidigung keine Demokratie, keine stabile Wirtschaft und keine soziale Sicherheit. Deshalb muss die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit absolute Priorität haben.

Die CDU steht für eine entschlossene Verteidigungspolitik. Wir dürfen nicht länger zögern, sondern müssen entschlossen handeln. Europa muss in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen – und das geht nur mit starken nationalen Armeen, einer engen Kooperation mit der NATO und einer leistungsfähigen europäischen Verteidigungsindustrie. Wir brauchen eine echte europäische Verteidigungsunion, eine funktionierende Rüstungszusammenarbeit und eine schnellere Finanzierung von Verteidigungsprojekten.

Eine starke Wirtschaft ist die Basis für eine leistungsfähige Verteidigung. Deshalb gelten die Ziele einer leistungsfähigen Wirtschaft auch mit Blick auf Verteidigung: Weniger Bürokratie, niedrigere Energiekosten und technologische Souveränität sind entscheidend.

Rüstung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaftskraft.

Unsere uneingeschränkte Unterstützung gilt der Ukraine. Sie kämpft nicht nur für ihre Freiheit, sondern für die Sicherheit ganz Europas. Gleichzeitig müssen wir unsere Partnerschaften mit Gleichgesinnten wie den USA, Kanada und Großbritannien vertiefen. Unsere transatlantische Zusammenarbeit bleibt ein Fundament unserer Sicherheit, aber Europa muss eigenständiger werden.

Verteidigung ist keine Frage der Wahl, sondern eine Notwendigkeit. Die CDU setzt sich dafür ein, dass Deutschland und Europa endlich die richtigen Prioritäten setzen. Unsere Zukunft hängt davon ab.



Aktuelle Informationen der EVP-Fraktion

TRAN, PETI und REGI – Wie die Ausschüsse im EU-Parlament Europa gestalten

Das Europäische Parlament entscheidet nicht nur im Plenum über Gesetze – die Detailarbeit erfolgt in den Ausschüssen. Der Blick auf aktuelle Themen zeigt, wie sie das Leben der Bürgerinnen und Bürger direkt beeinflussen - ein kleiner Bericht über meine Arbeit in den Ausschüssen.



Im Verkehrsausschuss (TRAN) diskutierten wir unter anderem über nachhaltigen Tourismus. In vielen Regionen Europas, wie auch in Sachsen-Anhalt, ist Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Gleichzeitig darf der Tourismus aber keine zu große Belastung für die Menschen und die Umwelt vor Ort werden. Daneben steht in den kommenden Wochen ein Gesetz über die Entsorgung von Altfahrzeugen auf der Tagesordnung. Als Berichterstatterin erarbeite ich eine Stellungnahme des Ausschusses. Kernaufgabe wird hierbei sein, gute Regelungen für das Recycling von Fahrzeugen zu finden, die nachhaltige Lösungen fördern ohne die Wirtschaft mit bürokratischen Regelungen zu belasten.

Im Ausschuss für Petitionen (PETI) ging es in den vergangenen Wochen um eine Vielzahl von Themen, die Menschen in der gesamten EU bewegen. Im Januar diskutierten wir die Sturmflut in Valencia und wie lokale Regierungen im Katastrophenfall von der EU unterstützt werden können. In einem sehr bewegenden Fall sprach ein französischer Vater über die Schwierigkeiten seines autistischen Sohnes, angemessene Hilfe im französischen Gesundheitssystem zu erhalten. Im Februar beschäftigte sich der Ausschuss im Rahmen einer Anhörung mit den Grenzkontrollen innerhalb Europas, und dem schwierigen Spagat zwischen offenen Grenzen einerseits und dem Schutz vor Kriminalität und illegaler Einwanderung andererseits. Die nächste Delegationsreise wird den Petitionsausschuss im April nach Österreich führen, um dort den Umgang mit dem Wolf im Gespräch mit Landwirten und Naturschützern vor Ort zu erörtern - auch für Sachsen-Anhalt ein wichtiges Thema.



Der Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) verwaltet die EU-Fördergelder für regionale Projekte – ein Thema, das gerade für Sachsen-Anhalt von großer Bedeutung ist. Im Ausschuss werden wir in den kommenden Monaten die finanzielle Förderung der Regionen in der EU besprechen. Wir stellen uns auf, um sicherzustellen, dass Sachsen-Anhalts Prioritäten in der neuen Förderperiode ab 2028 berücksichtigt werden. Es ist wichtig, dass die europäischen Regionen dezentral entscheiden können, welche Projekte vor Ort gefördert werden müssen. Bei der Zuteilung der Mittel sollte außerdem die Inflation der vergangenen Jahre berücksichtigt werden. Bei uns in Sachsen-Anhalt betrifft dies nicht zuletzt wertvolle Projekte in der Bildungspolitik, die wir gerne weiterführen möchten.

Europäische Debatte zum Wolf: Für eine verantwortungsvolle Wolfsbejagung zum Schutz der Landwirtschaft

Am 17. Februar 2025 diskutierte der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments intensiv über die Regulierung der wachsenden Wolfsbestände in Europa. Diese Debatte unterstreicht die Dringlichkeit, effektive Maßnahmen zum Schutz unserer ländlichen Gemeinschaften und ihrer traditionellen Lebensweise zu ergreifen.

In den letzten Jahren hat die Wolfspopulation in Europa, insbesondere in Deutschland, erheblich zugenommen. Während der Artenschutz ein wichtiges Anliegen bleibt, dürfen wir die negativen

Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Sicherheit der ländlichen Bevölkerung nicht ignorieren. Berichte über Wolfsangriffe auf Nutztiere häufen sich, was für Landwirte erhebliche wirtschaftliche Verluste bedeutet und ihre Existenzgrundlage bedroht.

In diesem Kontext ist die kontrollierte Bejagung des Wolfes ein notwendiges Instrument, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Artenschutz und den Interessen der Menschen im ländlichen Raum zu schaffen. Durch gezielte Regulierung kann verhindert werden, dass Wolfsrudel überhandnehmen und unkontrolliert Schäden anrichten.

Der Wolf fällt unter europäische Artenschutzregeln, weshalb die Diskussionen um die Bestandsregulierung auch auf europäischer Ebene geführt werden. Die Diskussion im Agrarausschuss zeigt, dass der Umgang mit dem Wolf viele Regionen in Europa betrifft. Es ist unerlässlich, dass politische Entscheidungsträger die Sorgen der Landwirte ernst nehmen und praktikable Lösungen entwickeln. Dazu gehört auch die Anpassung des Schutzstatus' des Wolfes, um regionalen Unterschieden in der Populationsdichte und den spezifischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die CDU setzt sich dafür ein, die Balance zwischen Naturschutz und den berechtigten Interessen der ländlichen Bevölkerung zu wahren. Eine verantwortungsvolle Bejagung des Wolfes kann dazu beitragen, Konflikte zu minimieren und das Vertrauen der Bürger in eine Politik zu stärken, die ihre Anliegen ernst nimmt. Es ist an der Zeit, pragmatische Ansätze zu verfolgen, die sowohl den Schutz der Tierwelt als auch die Sicherheit und das Wohlergehen unserer ländlichen Gemeinschaften gewährleisten.



EU-Entwaldungsverordnung:

Aktuelle Entwicklungen und konservative Perspektiven

In den letzten Monaten hat die Europäische Union intensiv über die Umsetzung der Entwaldungsverordnung (EUDR) diskutiert, die darauf abzielt, sicherzustellen, dass Produkte auf dem EU-Markt nicht durch Entwaldung hergestellt werden. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich dafür ein, dass die Entwaldungsverordnung praxisnah gestaltet wird. Wir fordern realistische Übergangsfristen, eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands und eine sorgfältige Abwägung der wirtschaftlichen Auswirkungen, um sicherzustellen, dass der Schutz der Wälder nicht zulasten der europäischen Wirtschaft und ihrer globalen Handelsbeziehungen geht.

Gerade in der Europäischen Union gibt es bereits eine Vielzahl strenger Regelungen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Wälder. Die Waldgebiete werden engmaschig kontrolliert, gepflegt und bewirtschaftet – nicht zuletzt, weil sie eine essenzielle wirtschaftliche Ressource sind. Forstunternehmen und Förster leisten hervorragende Arbeit, um die Gesundheit der Wälder zu erhalten und gleichzeitig eine nachhaltige Holzwirtschaft zu ermöglichen. Es ist daher unangemessen, europäische Forstbetriebe mit zusätzlicher Bürokratie zu belasten, wenn viele Wälder in Europa sich bereits in einem exzellenten Zustand befinden und verantwortungsvoll bewirtschaftet werden. Anstatt unnötige Auflagen zu schaffen, sollte die EU vielmehr auf bewährte nationale Schutzmechanismen setzen und pragmatische Lösungen fördern.

Ein wichtiger Meilenstein war eine Fristverlängerung zur Umsetzung der Verordnung um ein Jahr. Nun haben Unternehmen mehr Zeit, um die Anforderungen der Verordnung zu erfüllen und ihre Lieferketten entsprechend anzupassen. Zugleich hat die Europäische Kommission in diesem Zusammenhang zugesagt, den bürokratischen Aufwand zu reduzieren, um die Umsetzung für die Wirtschaft praktikabler zu gestalten. Die EVP betont, dass eine überstürzte Implementierung zu erheblichen wirtschaftlichen Belastungen führen würde, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die nicht über die gleichen Ressourcen wie Großkonzerne verfügen. Es besteht die Sorge, dass die umfangreichen Dokumentations- und Nachweispflichten den Verwaltungsaufwand für Unternehmen erheblich erhöhen und somit deren Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnten. Deshalb wird die CDU/CSU-Gruppe weiterhin einen wachen Blick auf die Umsetzung der Entwaldungsverordnung haben.

Vor Ort im Wahlkreis



Dialog mit der Bildungsministerin Eva Feußner im Wahlkreisbüro Magdeburg



Besuch mit Sven Schulze, Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt, bei der Agrargenossenschaft Hedersleben



Besuchstermin im Walter-Rathenau-Gymnasium in Bitterfeld-Wolfen mit Landrat Andy Grabner und Oberbürgermeister Armin Schenk



Betriebsbesichtigung der SKW Piesteritz



Werksbesichtigung der Nordzucker AG in Klein Wanzleben



Gespräch mit dem Forum Natur Sachsen-Anhalt im Wahlkreisbüro Magdeburg



Neujahrsempfang der MIT Wittenberg in der Paul-Gerhardt-Kapelle in Gräfenhainichen

CDU



Besichtigung der Brauerei in Wernigerode und Gespräche mit Angela Gorr MdL



Grünkohlessen im CDU-Kreisverband Dessau-Roßlau

Impressum:

V.i.S.d.P. Alexandra Mehnert MdEP
Fürstenwallstraße 17
39104 Magdeburg
Telefon: 0391 5666866
E-Mail: alexandra.mehnert@europarl.europa.eu
Internet: www.mehnert-fuer-europa.de

Layout & Print:
DRUCKEREI JANSA

Bildnachweis Titelbild:
VictoriaKey-stock.adobe.com
12ee12-stock.adobe.com

Folgen Sie mir auf:



Facebook



Instagram



EVP





Infostand des Bildungsforums Sachsen-Anhalt der KAS in Magdeburg



Einblicke beim Onlinesporthändler Teamsportbedarf.de in der Niederne Börde



Besuch im Chemiepark INFRALeuna GmbH



Rosenmontagsumzug in Halle



Hybridveranstaltung des KAS-Altstipendiatinnentreffens in Berlin, Thema: Europa nach der Bundestagswahl